

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

**Lobeck & Co.**

**Carola-Chocolade.**

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

**Anzeigen-Zarif**  
Kategorie von Anzeigen...  
1. Zeile, 10 Wörter, 100 Pf.  
2. Zeile, 10 Wörter, 80 Pf.  
3. Zeile, 10 Wörter, 60 Pf.  
4. Zeile, 10 Wörter, 40 Pf.  
5. Zeile, 10 Wörter, 20 Pf.  
6. Zeile, 10 Wörter, 10 Pf.  
7. Zeile, 10 Wörter, 5 Pf.  
8. Zeile, 10 Wörter, 2 Pf.  
9. Zeile, 10 Wörter, 1 Pf.  
10. Zeile, 10 Wörter, 0,5 Pf.

**Verlagsdirektor**  
Lipsch & Reichardt  
Dresden, Altmarkt 2  
Telefon 1111

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.  
Anrufnummer: 11 - 2096 - 3401.

Hauptgeschäftsstelle:  
Markenstraße 38/40.

**Kunst-Salon von Emil Richter**  
Prager Strasse  
**Hochzeits-Geschenke**  
Geschmackvoll • Künstlerisch • Preiswert.

**Größtes Lager**  
bei  
**Ebeling & Croener**  
DRESDEN  
Bankstrasse 11.

**Weihnachts-Ausstellung**  
K. S. Hoflieferant **B. A. Müller** Prager Str. 32/34  
größtes und feinstes  
**Sport- und Spielwarenhhaus.**  
Grossartige Neuheiten. Illustr. Preisliste frei.

## Tuchwaren.

Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche.** Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte.

**Hermann Pörschel**  
Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Nauckhaus).

### Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, vorherrschend wolkig.  
Der Staatsrat hat sich bereit erklärt, Terrain hinter den Ministerien in Dresden-Neustadt zu einem Zirkusbau an die Stadtgemeinde abzugeben. Die Direktion Stofsch-Strafmann wird den Baublock kaufen.  
Der große Stickerstreik in der vogtländischen Industrie ist unvermeidlich.  
Der beste deutsche Herzensfahrer unter den Automobilisten, Willig Boege in Chemnitz, hat sich jetzt dem Fliegersport zugewendet.  
Die offizielle „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ erfährt die Rede des Reichsanwalters am Montag als eine lehrreiche Stichprobe der Politik.  
Der Witwe Deitler von Lilienroths wurde die Totation, die ihr Gatte bezog, zugestanden.  
Der italienische Ministerpräsident Sonnino konstatierte in der Deputiertenkammer den unveränderten Bestand des Dreibundes.  
Das Konsulartorps in Casablanca beschloß die Errichtung eines internationalen Polizei-Kommissariates unter Leitung eines Franzosen.

### Der erste Sessionsabschnitt des Reichstags.

In den zwölf Plenarsitzungen des vorweihnachtlichen Tagungsabschnitts der neuen Session hat der Reichstag von den vorliegenden Arbeiten naturgemäß nur die dringlichsten, an bestimmte Termine gebundenen, wie das deutsch-englische Handelsprovisionarium, den Nachtrags-Gesetz für 1909, die erste Lesung des Etats für 1910, das Gesetz zur Stundenschiebung des Termins für das Inkrafttreten der Hinterbliebenen-Versicherung bis zum 1. April 1911, und weiterhin die Arbeiten geschäftlicher Natur erledigen können. Jede neue Session bringt formell völlig neue Vorlagen. Die zahlreichen, zum Teil schon der kommissarischen Beratung zugeführten Gesetzesentwürfe, die der aus den Neuwahlen von 1907 hervorgegangenen Volksvertretung alsbald nach ihrem Zusammentritt unterbreitet wurden, waren durch den Schluß der ersten Session gegenstandslos geworden; sie müssen von neuem eingebracht werden, so namentlich die Reichsverfahrensordnung, das Arbeitskammergesetz, die Vorlagen zur Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Strafgesetzbuches, die Vorlage einer Strafprozessordnung und der Gesetzesentwurf über die Haftung des Reiches für seine Beamten, und werden den Reichstag in dem Sessionsabschnitt zwischen Neujahr und Ostern zu beschäftigen haben. In geschäftlicher Beziehung fehlt also jeder Zusammenhang zwischen der ersten und der zweiten Session der laufenden Legislaturperiode. In politischer Hinsicht hat die letztere naturgemäß unter der Herrschaft des Gegenstandes gestanden, der gegen den Schluß der ersten infolge der zwingenden Kommodigkeit, neue Einnahmen für das Reich zu beschaffen, sich herausgebildet hatte. Je weniger aber innere Zusammenhänge und Berührungspunkte gegeben waren, desto eifriger haben sich die Parteien angelegen sein lassen, noch einmal eine gründliche Aussprache über die Reichsfinanzreform herbeizuführen. Das ist, außer bei dem Etat, der, wenn schon das selbige Thema behandelt werden mußte, die geeignete Stelle dafür war, auch in den Debatten über das Rotgesetz zur Abänderung des § 15 des Zolltarifgesetzes von 1902 und bei der die Unterstützung von Hausgewerbetreibenden und Arbeitern des Tabakgewerbes regelnden Position des Nachtrags-Gesetzes für 1909 gesehen. Tiefe weit ausgedehnte Debatte, so wenig sich irgend jemand von ihr einen Nutzen versprechen konnte, mußte die Nation über sich ergehen lassen. Es ist eine alte Erfahrung, daß das, was die öffentliche Meinung in der parlamentarischen Zeit beschäftigt hat, im Reichstage noch einmal und in aller Ausführlichkeit zur Sprache gebracht wird. Nachdem aber, parlamentarisch gesprochen, jedem sein Recht geworden ist, nachdem die Parteien sich gründlich auseinandergesetzt haben, darf wohl gefordert werden, daß der Streit über die Finanzreform von 1909 nicht eher wieder aufsteht, als bis durch neue finanzpolitische Vorlagen, sei es durch den bis zum 1. April 1911 vorzuliegenden Gesetzesentwurf über eine Reichsverzehrwachsteuer oder durch die möglicherweise nötig werdende Novelle zur Einkommensteuer, oder auch — ein Fall, mit dem allerdings für die laufende Legislaturperiode nicht mehr zu rechnen ist — durch Finanzgriffnahme einer neuen Finanzgesetzgebung berechtigter Anlaß dazu gegeben ist.

Die Regierung konnte nicht hindern, daß die Parteien miteinander abrechneten und noch einmal das sattsam bekannte, recht wenig erfreuliche Bild der Entschiedenheitslosigkeit der neuen Ära entrollten, aber sie hat verhängnisvoll- und dankenswerterweise nichts getan, was den Forderungen konnte, sie hat vielmehr pflichtgemäß zur Ruhe und Eintracht gemahnt. Keiner Partei, um so mehr aber dem Gemeinwohl dienlich zu sein — das war die Parole, die der neue Reichsanwalt in seiner kurzen, nüchternen und doch willens- und zielbewußten Rede vom 9. d. Mts. ausgab. Die Rücksicht auf das Gemeinwohl gebietet, daß Reaktion und Radikalismus in der inneren deutschen Politik keine Stätte haben dürfen. Zwischen diesen beiden Polen aber ist in allen Breiten des Parteilbens Recht und Raum für fruchtbarere, gesetzbereitende Arbeit; zwischen diesen beiden Polen dehnt sich ein weites Gebiet, in dem im Sinne des leitenden Staatsmannes die Parteien im Eifer, zum Wohle des Ganzen arbeitenden Wettbewerb sich betätigen können. Dielem Grundgedanken getreu und sich verpflichtete staatsmännische Gemeinbürgerschaft verbunden, haben auch der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Delbrück und der Staatssekretär des Reichsämtes des Verkehrs in ihren Reden auf weisliche alles vermieden, was auch nur den Schein einer parteipolitischen Stellungnahme erwecken konnte. Andererseits haben sie aufs entschiedenste betont und argüiert, was geeignet ist, die parteipolitischen Gegensätze zu mildern und den Willen zu gemeinsamer, positiver Arbeit zu härten. Wenn der Staatssekretär des Innern, als er sich ebenso rückhaltlos, wie alle seine Vorgänger es getan haben, zu der vom Fürsten Bismarck im Jahre 1879 eingeleiteten und durch das Gesetz von 1902 weiter ausgebauten Zoll- und Wirtschaftspolitik bekannte, die äußerste Linke gegen sich hatte, oder wenn er durch seine abwartende, wiederum das Interesse der Allgemeinheit berücksichtigende Haltung gegenüber dem Arbeitsnachweis-Projekte des rheinisch-westfälischen Reichsbundes einen so unglücklich welfremden, unratigen, aber durchaus nicht ungefährlichen Politiker wie Friedrich Naumann nicht zu gewinnen vermochte, so beweist das nichts gegen den guten Willen und die guten Gründe des Staatssekretärs. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes hat die Erklärung, daß für das deutsche Wirtschaftsleben der Inlandsmarkt nach wie vor die Hauptstütze bleiben, und daß der Boden des Zolltarifs und der bestehenden Handelsverträge nicht verlassen werden soll, mit lebhaftem Danke begrüßt. Und wenn nicht in der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages, so doch in der deutschen Arbeitererschaft, soweit sie noch eines aufrichtigen und unbefangenen Urteils fähig ist, darf der Staatssekretär Delbrück Verhandnis für das Wort erwarten, daß der Wille zum Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, zur Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens förderlich und wertvoller ist, als noch so viele und noch so tief durchdachte sozialpolitische Gesetze.

Und Wiederherstellung des Vertrauens heißt auch das Ziel, dem, auf verschiedenen Gebieten, der Staatssekretär des Reichsamtens durch seine beruhigenden Erklärungen über die Loyalität und Kriegsbereitschaft der deutschen Flotte und der Staatssekretär des Reichsämtes durch Vorlegung eines mit größter Sparlichkeit aufgestellten Reichshaushaltsetats, durch Ankündigung eines auf Jahre hinaus berechneten Finanzplanes und durch den Nachweis einer beginnenden, vielversprechenden Besserung des Reichshaushalts und der Reichsfinanzen, die Parteien entgegenzuführen suchten. Diese Bemühungen haben auch, wenn man von der Sozialdemokratie absteht, die selbstverständlich auf ihrem rein negierenden Standpunkt verharrt, entscheidenden Erfolg gehabt, wie einerseits in der ungewöhnlichen Äußerung der Staatsdebatte, andererseits, besonders bei der Erörterung sozialpolitischer Fragen, in der zunehmenden Sachlichkeit der Debatten zum Ausdruck kam. Gegenüber dem einheitlichen Wunsch und Willen der Regierung, die Verhandlungen des Reichstages alles unnütze parteipolitische Weiwerts zu entscheiden, wird zunächst, wenigstens für die bürgerlichen Parteien, jeder Anspruch auf eine grundsätzliche Opposition hinfällig. Entscheidend werden denn auch sowohl die nationalliberale Fraktion wie die freisinnige Fraktionsgemeinschaft, unbeschadet ihrer Haltung bei der Präsidentenwahl, zu positiver Mitarbeit sich bereit erklärt. In Fragen der auswärtigen Politik braucht, soweit die bürgerlichen Parteien in Betracht kommen, dieses von der Regierung mit redlichem Eifer angestrebte Vertrauen nicht erst erworben zu werden. Einer

Politik der Friedensliebe, der Stetigkeit und Loyalität, wie sie der Reichsanwalt verkündet hat, können alle staatsverhaltenden Parteien zustimmen.  
So darf man am Schluß des ersten Sessionsabschnitts wohl sagen, daß dank der ruhigen Sachlichkeit der Regierung, die sich prinzipiell über die Parteien gestellt und vielleicht gerade dadurch mit leifem Bügel die Führung an sich genommen hat, die innerpolitische Entspannung gefördert und in ihrem Fortgange gesichert ist. Die weitere Entwicklung der Dinge liegt jetzt bei den Parteien, und hier ist es in erster Linie das Zentrum, das sehr bald zu zeigen haben wird, ob es geneigt ist, in Fragen der preussischen Schmarckenpolitik, so gelegentlich der Intervention über die Maßregelung von Reichsbeamten in Ostpreußen, und bei der Behandlung der in der Reichs-Verfassungsordnung enthaltenen Aufgaben der sozialpolitischen Gesetzgebung diejenigen Rücksichten zu üben und denjenigen Standpunkt einzunehmen, der der Regierung ermöglicht, ihrem Entschlusse, jede der staatsverhaltenden Parteien mit gleichem Maße zu messen, treu zu bleiben. Das ist das erste Problem, mit dem der Reichstag am 11. Januar 1910 in den zweiten Sessionsabschnitt eintritt und das alsbald spruchreif werden muß.

### Neueste Drahtmeldungen

vom 18. Dezember  
Aus dem Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Nachrichten über die kommende Vorlage zur Gewerbeordnung, wonach dem Reichstage im Januar drei Novellen zugehen würden, und zwar über die Heimarbeit, die Frauarbeit und den Kinderarbeitsnachweis, ist unzutreffend. Die Frauarbeit ist schon im Dezember vorigen Jahres durch eine besondere Novelle als Folge der Berner Konvention geregelt worden. Der Kinderarbeitsnachweis zum Gegenstand einer Vorlage zu machen, liegt ebenfalls kein Anlaß vor; dagegen soll, wie bereits in der Thronrede angekündigt, die Regelung der Heimarbeit nicht mehr im Rahmen der Gewerbeordnung, sondern durch eine besondere Novelle vorgenommen werden, die Anfang nächsten Jahres an den Reichstag gelangen wird. Daneben wird eine zweite Vorlage zur Gewerbeordnung eingebracht werden, die auf einzelnen Gebieten der geltenden Gewerbeordnung Reformen vorschlägt. Die Reichsregierung dürfte dabei eine ganze Reihe von Wünschen erfüllen, die durch die Kommissionsbeschlüsse der letzten Tagung in die frühere Vorlage eingefügt waren. Andere Wünsche dagegen, die schon während der letzten Beratung von maßgebender Stelle als unzulänglich erklärt waren, werden nicht berücksichtigt werden. Dahin gehören die Lohnämter, eine weitere Beschränkung der Arbeitszeit und die Abschaffung der Tarifsamkeit von Tarifverträgen auf die beim Abschluß nicht beteiligten gewesenen Arbeiter.

Berlin. Die Fusion der drei freisinnigen Parteien wird, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, voraussichtlich erst im Frühjahr endgültig beschlossen werden und zustande kommen. Die drei allgemeinen Parteitage werden kaum vor März einberufen werden, vermutlich kurz ehe die Parlamente in die Osterferien gehen.

### Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ und die Rede des Reichsanwalters.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die offizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihren Rückblicken: „Allgemein, im Reichstage sowohl wie in den Kreisen der Bevölkerung, ist die Rede des Reichsanwalters von Bethmann-Hollweg, die er am Montag im Hause gehalten hat, als eine willkommene und betriebende Stichprobe der Politik empfunden worden, die unsere Regierung zu vertreten entschlossen ist. Es handelt sich um einen Gegenstand, der unter den Reichsangelegenheiten nicht gerade für den am einfachsten liegenden gilt. Gerade jetzt haben wieder einmal die Verhältnisse eines gewissen Teiles der Bewohner Ostpreußens nach Anlässen gesucht, sich bemerkbar zu machen, ohne nach den Einflüssen im übrigen Deutschland teils hervorzuheben, teils behaupten zu müssen. Die deutsche Nation verdankt die schließliche Erfüllung ihres Tranges zur politischen Einigung der gesunden Grundlaage eines gemeinsamen Zusammenbewusstseins, gegen das die Minderheiten nichtidentischer Abstammung in einigen Grenzstrichen niemals gefordert in die Rechte fallen sollen und dürfen. Vermögen, die nach dieser Richtung hin, ist allezeit entgegenzutreten worden, und ebenso wird es bleiben. Das aber gehört zu den wohlwollenden Eigenschaften des deutschen Kraftschlusses, daß es sich nicht feilt, der bodenständigen Art und der hierdurch bedingten Entwicklung einzelner Volksteile jede vernünftige Konzeption zu machen, die mit dem Welle des Ganzen noch verträglich erscheint.“

Die Dauerkammer im Österreichischen Abgeordnetenhause. Wien. Am 12. d. Mts. überreichte der Abg. Dürich seine Rede und den seinen Dringlichkeitsantrag zurück, worauf sämtliche Dringlichkeitsanträge zugunsten Graf Aramars zurückgenommen wurden. Der Abgeordnete Axel begründete hierauf die Dringlichkeit seines Antrages.

COGNAC MEUKOW